



◀ David Byrne,
Kommissar für
Gesundheit und
Verbraucherschutz

Leitartikel

Aus der Art, wie sich die Vogelgrippe in Asien entwickelt, wird deutlich, wie wichtig wirksame, koordinierte Maßnahmen gegen ansteckende Krankheiten sind. Dies wurde allzu deutlich, als ich vor kurzem die Lage in Vietnam und Thailand vor Ort in Augenschein nehmen konnte. Die Epidemie hat tief greifende Auswirkungen gehabt. Die volkswirtschaftlichen Kosten belaufen sich bereits auf viele Millionen Euro, Landwirte haben ihre Lebensgrundlage verloren und, was am schlimmsten ist, viele Menschen sind gestorben.

In Europa haben wir die Erfahrung gemacht, dass drakonische Maßnahmen erforderlich sind, um die Geflügelpest erfolgreich zu bekämpfen. Als wir unmittelbar ein Importverbot für asiatisches Geflügel in der EU verhängt haben, ging es uns darum, die Ausbreitung dieser schweren Seuche auf die EU zu verhindern. Gleichzeitig haben wir sofort Maßnahmen ergriffen, um den betroffenen Ländern zu helfen.

Am 24. Februar musste ich wegen des Ausbrechens einer hoch ansteckenden Vogelgrippe in Texas ein ähnliches Verbot für Geflügelimporte aus den USA verhängen.

Längerfristig wird durch die Ausbrüche der Vogelgrippe, wie den von SARS im Jahre 2003, bestätigt, dass die Kooperation zur Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten auf EU-Ebene und international verstärkt werden muss. Daher bin ich über die Unterstützung des Europäischen Parlaments in diesem Monat für den Vorschlag für die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen hoch erfreut. Diese neue EU-Einrichtung, die ihre Türen 2005 öffnen soll, wird Europa dazu verhelfen, sein Fachwissen im Gesundheitsbereich zu bündeln und auf zukünftige Gesundheitsgefährdungen noch besser vorbereitet zu sein.

IN DIESER AUSGABE

Europäische Kommission bekämpft Geflügelpest	1
Europäisches Parlament unterstützt neue Einrichtung zum Schutz der Gesundheit	2-3
Europäische Kommission schlägt vor, die Einfuhr von GV-Zuckermals zu akzeptieren	3
Lebensmittel – Anregung zum Nachdenken: Verbraucher aus EU und USA diskutieren über Ernährung und Gesundheit	3-4
Im Blickpunkt: Gefährliche Produkte	4
Tschechischer Kommissar soll mit David Byrne zusammenarbeiten	4

Europäische Kommission bekämpft Geflügelpest

Als Reaktion auf das Ausbrechen der Geflügelpest in Asien bietet die Kommission Vietnam Hilfe an und schränkt die Einfuhr von Geflügelfleisch aus Thailand weiter ein



© Reporters/AP

Am 11. Februar hat die Kommission beschlossen, Vietnams Bemühungen zur Bekämpfung der Geflügelpest mit 1 Million Euro zu unterstützen. Die Mittel sollen verwendet werden, um dringend benötigtes Material anzukaufen, wie z. B. Schutzausrüstungen für Veterinäre und Landwirte, die mit infiziertem Geflügel umgehen.

„Vietnam steht an vorderster Front bei den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung des derzeitigen Ausbruchs der Geflügelpest, die eine Bedrohung nicht nur für diese Region darstellt, sondern für die ganze Welt“, bemerkte Kommissar Byrne.

Eine Woche zuvor hatte die Kommission zwei Experten für öffentliche Gesundheit nach Vietnam gesandt, um die vietnamesischen Behörden dabei zu unterstützen, die Bevölkerung vor dem Virus zu schützen. Die Experten sind dabei zu untersuchen, wie die Seuche auf den Menschen übergreifen hat und sie arbeiten Empfehlungen für Maßnahmen zur Prävention weiterer Infektionen aus. Außerdem helfen sie der WHO bei der Überwachung möglicher Übertragungen von Mensch zu Mensch. Diese Sachverständigen stoßen zu einem Experten der EU für Tiergesundheit, der bereits am 29. Januar nach Vietnam gesandt worden war, um bei der Tilgung der Seuche in den Geflügelfarmen des Landes zu helfen.

Die EU erweitert das Verbot von Geflügelfleischeinfuhren aus Thailand

Am 3. Februar einigten sich Veterinärexperten der EU aus 15 Mitgliedstaaten darauf, das Verbot von Einfuhren frischen Geflügelfleisches (zum Geflügel gehören Hähnchen, Enten, Truthähne, Strauße sowie Wild- und Zuchtgeflügel) bis zum 15. August 2004 zu verlängern. Unter das Verbot fallen nicht Geflügelfleischerzeugnisse, die derart hitzebehandelt worden sind, dass möglicherweise vorhandene Viren zerstört wurden.

■ EU verbietet Importe von US-Geflügel

Am 24. Februar verhängte die Europäische Kommission nach einem Ausbruch einer hoch ansteckenden Vogelgrippe in Texas ein Verbot aller Geflügelfleischimporte aus den Vereinigten Staaten.

Nachdem die US-Behörden das Ausbrechen der Seuche bestätigt hatten, beschloss EU-Kommissar David Byrne, Importe von lebendem Geflügel, Eiern und Zervögeln aus den USA in die EU mit unmittelbarer Wirkung bis zum 23. März 2004 auszusetzen.

„Dieses Sofortverbot soll dazu dienen, den hohen Gesundheitsstatus der europäischen Geflügelbestände zu schützen“, bemerkte Byrne.

Der entdeckte Virusstamm ist nicht identisch mit dem Virusstamm, der derzeit die Vogelgrippeepidemie in Asien verursacht, und stellt wahrscheinlich eine geringere Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar.

⇒ Neues in Kürze: Lebensmittelsicherheit

10. Februar – Die Europäische Kommission nimmt Stellung zu einer im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlichten Studie *Global Assessment of Organic Contaminants in Farmed Salmon* (Globale Bewertung organischer Schadstoffe in Zuchtlachs), und bemerkt dazu, dass die in der Studie angegebenen Dioxingehalte sämtlich unterhalb der zulässigen Höchstgehalte der EU liegen.

29. Januar – Die EU nimmt – nach wirksamen Maßnahmen gegen Nitrofurantaminierungen – die 100%-ige Testanforderung für Geflügelfleischimporte aus Brasilien auf 20% Prozent zurück.

Bevorstehende Veranstaltungen

11.-12. März

Internationale Konferenz für Lebensmittelsicherheit zum Thema „Harmonisierung der amtlichen Lebensmittelüberwachung“, Dublin

14.-15. März

„Verbrauchervertrauen zum europäischen Online-Markt“, Dublin

15. März

Europäischer Verbrauchertag, Dublin

22. März

Gesundheitsinformationstag, Luxemburg

⇒ Neues in Kürze: Öffentliche Gesundheit

12. Februar – Informelles Ministertreffen zum Thema Vogelgrippe von EU-Gesundheitsministern und dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Jong-Wook Lee

Der am 23. Januar gefasste Beschluss entspricht den Leitlinien des Internationalen Tierseuchenamts (OIE). Man will die Maßnahmen laufend überprüfen, sie könnten jedoch schon vor dem Termin geändert werden, wenn die Entwicklung dies zulässt.

„Gemäß unseren Veterinärvorschriften, die auf internationalen Leitlinien beruhen, tun wir alles, was in unseren Kräften steht, um die Einschleppung der Geflügelpest aus den betroffenen asiatischen Ländern zu verhindern“, äußerte sich Kommissar Byrne.

Eine Ansteckung bei Menschen ist sehr selten und setzt einen unmittelbaren Kontakt mit infizierten Vögeln voraus. Zwar ist das Risiko, das Virus über Fleisch oder Fleischerzeugnisse einzuschleppen und damit europäische Geflügelbestände möglicherweise zu infizieren, sehr gering, die EU möchte aber sicherstellen, dass jede denkbare Übertragung vermieden wird.

Am 28. Januar wurde das Einfuhrverbot auf exotische Vögel aus Südostasien ausgeweitet, die als Haustiere gehalten werden. Zwar werden diese Vögel bei einer Einfuhr in die EU einer strengen Quarantäne unterzogen, die Importe wurden jedoch eingestellt, um jedes denkbare Infektionsrisiko in Quarantänestationen auszuschließen.

Im Jahre 2003 hat die EU über 100 000 Ziervögel – hauptsächlich Papageienvögel (Parrots, Cockatoos und Budgerigars) – aus Pakistan, China und Indonesien eingeführt.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/Influenza/avian_influenza_en.htm

http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/controlmeasures/avian/index_en.htm

Europäisches Parlament unterstützt neue Einrichtung zum Schutz der Gesundheit

David Byrne begrüßt die Abstimmung im Parlament über die Errichtung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen

Am 10. Februar schloss sich das Europäische Parlament dem Vorschlag der Kommission an, das Europäische Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen einzurichten, um damit der Angst vor einer potenziellen gesundheitlichen Bedrohung wie Vogelgrippe oder SARS entgegen treten zu können.

„Mit Hilfe dieser neuen EU-Einrichtung kann sich Europa auf zukünftige Epidemien besser vorbereiten“, bemerkte Kommissar Byrne.

Das Zentrum soll seinen Sitz in Stockholm, Schweden haben und seine Arbeit im Jahr 2005 aufnehmen. Sein Personal wird zunächst aus etwa 30 bis 40 Mitgliedern bestehen, es soll jedoch das Fachwissen von Hunderten von Wissenschaftlern aus ganz Europa bündeln. Zielsetzung des Zentrums ist die Vernetzung vorhandenen Fachwissen in Europa und eine Koordinierung der einzelstaatlichen Überwachung übertragbarer Krankheiten und der Ausbrüche von Krankheiten unbekannter Herkunft. Das Zentrum wird fundierte Ratschläge und Empfehlungen zur Anleitung von EU-Stellen und nationalen Behörden aussprechen. Auf Anforderung wird das Zentrum auch der Kommission, den Mitgliedstaaten, Drittstaaten und internationalen Organisationen wissenschaftliche und fachliche Beratung zuteil werden lassen.

Dieses Netz existiert in seinem Kern bereits. Über Europas Netz für übertragbare Krankheiten werden Experten miteinander verbunden, die spezielle Krankheiten überwachen oder spezifischen Problemen nachgehen, wie der Antibiotikaresistenz. In dem Maße, in dem das Zentrum die Funktion dieses Netzes übernimmt, wird es Fachwissen und Arbeitsbeziehungen nutzen, die bereits bestehen.

Nach einer dreijährigen Tätigkeit soll ein externer Evaluator die Arbeit des Zentrums überprüfen. Nach dieser Evaluierung und zukünftigen Überprüfungen kann die EU

beschließen, das Mandat des Zentrums auf andere Aktivitäten im Bereich öffentliche Gesundheit auszuweiten, wie z. B. Gesundheitsberichterstattung.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/ecdc/ecdc_en.htm

Europäische Kommission schlägt vor, die Einfuhr von GV-Zuckermais zu akzeptieren

In ihrer Orientierungsdebatte über GVO am 28. Februar stimmte die Europäische Kommission einem Vorschlag zu, Importe von gentechnisch verändertem Zuckermais als Lebensmittel zuzulassen. Die EU-Minister haben drei Monate Zeit, um den Kommissionsvorschlag zu prüfen. Wenn sie innerhalb dieser Frist nicht zu einer Entscheidung kommen, wird die Kommission einen Beschluss fassen, der die Verwendung von **Bt11**-Mais als Lebensmittel zulässt.

„Die EU hat ein eindeutiges, transparentes und kohärentes System von Regelungen für gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel sowie Pflanzen aufgebaut. Unsere Rechtsvorschriften stellen sicher, dass in der EU zugelassene GVO für den menschlichen Verzehr und für die Freisetzung in die Umwelt sicher sind“, bemerkte dazu Kommissionspräsident Romano Prodi.

In dieser ersten Erörterung in der Kommission über GVO seit 2000 wollte man eine Bilanz der Fortschritte der letzten Zeit beim Aufbau eines Rechtsrahmens der EU für GVO ziehen.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/food/food/biotechnology/gmfood/index_en.htm



© Eureka Slide

Lebensmittel – Anregung zum Nachdenken: Verbraucher aus EU und USA diskutieren über Ernährung und Gesundheit

Das Verbraucherverhalten muss sich ändern, wenn man das Übergewicht bekämpfen will

Es liegen wissenschaftliche Erkenntnisse aller Art darüber vor, dass eine Veränderung des Ernährungsverhaltens und der körperlichen Aktivität sich stark auf mehrere Risikofaktoren auswirken kann, die für einen großen Teil der „Krankheitslast“ in der Welt verantwortlich sind – so Kommissar David Byrne vor einem Verbrauchertreffen am 2. Februar.

In seiner Rede vor dem 6. Jahrestreffen des Transatlantischen Verbraucherdialogs, das er zusammen mit dem US Federal Trade Commissioner Mozelle Thompson und dem amerikanischen Botschafter Rockwell Schanbel eröffnete, stellte David Byrne klar, dass der Kampf gegen das Übergewicht auf beiden Seiten des Atlantiks immer mehr zu einem gewichtigen Problem der öffentlichen Gesundheit wird.

Er begrüßte die WHO-Initiative einer „Globalen Strategie für bessere Ernährung sowie körperliche Aktivität und Gesundheit“. Seiner Meinung nach sei sie geeignet, einige der dringendsten Probleme unserer Zeit im Bereich öffentliche Gesundheit in Angriff zu nehmen. „Wenn wir nämlich nur einige wenige Risikofaktoren angehen, wie hohen Cholesterinwert, hohen Blutdruck, Übergewicht, Nikotin- und Alkoholkonsum, so wird sich das ganz beträchtlich auf die weltweite Belastung durch chronische Krankheiten auswirken,“ führte er aus.

Kommissar Byrne ließ die Entwicklungen in Ernährung und Gesundheit auf EU-Ebene Revue passieren. Um zu gewährleisten, dass Verbraucher beim Kauf von Lebensmitteln

GVO-Zulassungen nach EU-Recht – Stand der Dinge

1998

Letzte Genehmigung der absichtlichen Freisetzung von GVO in die Umwelt.

Juli 2000

Bei einer Orientierungsdebatte der Kommission über GVO einigt man sich auf folgende Punkte:

- Eine vorläufige Vorgehensweise für erneute GVO-Zulassungen, die eine Vorwegnahme der wesentlichen Bestimmungen (Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Überwachung usw.) der bevorstehenden neuen Umweltvorschriften mit sich bringt. Die neuen Anforderungen würden dann in die Einzelzulassungen von GVO einbezogen, die im Rahmen der bestehenden Rechtsvorschriften gewährt worden sind.
- Ein Paket neuer GVO-Maßnahmen, und zwar zu GV-Lebens- und Futtermitteln sowie zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVO, sollte von der Kommission bis zum Herbst 2000 vorgeschlagen werden.

Die Kommission nimmt die bevorstehenden nationalen Sicherheitsmaßnahmen zur Kenntnis, die von sieben Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich und dem Vereinigten Königreich) angenommen worden sind; diese betreffen Vermarktung und Import mehrerer GV-Erzeugnisse, die auf EU-Ebene zugelassen worden.

Juli 2001

Die Europäische Kommission nimmt Vorschläge zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO und GV-Erzeugnissen und zur Zulassung und Kennzeichnung von GV-Lebens- und Futtermitteln an. Die beiden Vorschläge, die ein umfassendes EU-System zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO und zur Regulierung des Inverkehrbringens und der Kennzeichnung von GV-Lebens- und Futtermitteln begründen, sollen bis April 2004 in vollem Umfang anwendbar sein.

Oktober 2002

Die Richtlinie über die absichtliche Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt tritt in Kraft.

Dezember 2002

Letzte Zulassung eines GV-Lebensmittels (Baumwollsaamenöl) in der EU.

August 2003

USA, Kanada und Argentinien ersuchen die WTO, ein Panel zur Regulierung von GVO-Angelegenheiten einzurichten. Das WTO-Panel soll gebeten werden, sich zur Vereinbarkeit von Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten mit den einschlägigen WTO-Bestimmungen zu äußern.

September 2003

Die EU verabschiedet strenge Regeln für die Zulassung und Kennzeichnung sämtlicher GV-Lebens- und Futtermittel und für die Rückverfolgbarkeit von GVO und GV-Erzeugnissen. Enthalten Nicht-GV-Lebensmittel Spuren von GV (mehr als 0,9%), muss dies auf dem Etikett angegeben werden.



© Eureka Slide

■ Frankreich und Italien lockern Verbote von Lebensmitteln mit Vitaminzusätzen

Der Europäische Gerichtshof hat die Kommission unterstützt, die Einschränkungen bei der Vermarktung von Lebensmitteln und Getränken in Frankreich und Italien in Frage gestellt hat.

Das oberste Gericht der EU entschied am 5. Februar, dass Italien und Frankreich den Verkauf von mit Vitaminen angereicherten Lebensmitteln und Sportgetränken, die in anderen EU-Staaten verkauft werden, nicht willkürlich untersagen können. Diese Erzeugnisse dürfen nur dann aus Gründen des Gesundheitsschutzes verboten werden, wenn Nachweise dafür vorliegen, dass sie ein echtes Risiko darstellen.

In einem anderen Fall entschied der Gerichtshof, dass Italien den Verkauf von Energieriegeln und isotonischen Getränken zulassen muss.

Weitere Informationen: www.curia.eu.int

⇒ Neues in Kürze: Verbraucherangelegenheiten

10. Februar – Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Wirtschaft und Währung gibt eine Stellungnahme zu der neuen Verbraucherkreditrichtlinie ab.



photo: Václav Hynčák

Mr. Pavel Telicka

wohlbegründete Entscheidungen treffen können, insbesondere im Hinblick auf ihren Ernährungsbedarf, hat die Kommission drei getrennte, aber mit einander verbundene Vorschläge angenommen: einen Vorschlag zur Regelung gesundheits- und nährwertbezogener Aussagen (vom Juli 2003), einen Vorschlag für den Zusatz von Vitaminen und Mineralien zu Lebensmitteln (vom November 2003) und einen Vorschlag zum Thema allgemeine Nährwertkennzeichnung, der in diesem Sommer vorgelegt werden soll.

„Diese Initiativen sind ein Beitrag, um ein sehr viel weiter gestecktes Ziel zu erreichen – die Entwicklung einer kohärenten, umfassenden und nachhaltigen EU-Strategie für Ernährung und körperliche Aktivität“, bemerkte Kommissar Byrne dazu.

Im Rahmen des Transatlantischen Verbraucherdialogs kommen amerikanische und europäische Verbraucherorganisationen zusammen, um Fragen von gegenseitigem Interesse zu erörtern und Strategieempfehlungen zu formulieren.

Weitere Informationen: <http://www.tacd.org>

Im Blickpunkt: Gefährliche Produkte

Die Europäische Kommission veröffentlicht wöchentlich Zusammenfassungen der Gefahrenmeldungen über gefährliche Non-food-Verbraucherprodukte

Durchschnittlich treffen bei der Kommission über das EU-weite Schnellinformationssystem für gefährliche Produkte (bekannt als RAPEX) Woche für Woche 2 bis 4 Gefahrenmeldungen ein. Dabei geht es unter anderem um folgende Gefahren: Erstickung, Obstruktion der Atemwege, Stromschlag oder Entflammung. Bei den betroffenen Produkten handelt es sich meistens um Spielzeugartikel, an zweiter Stelle folgen Elektrogeräte. Das RAPEX-System ist noch vor kurzem dadurch verstärkt worden, dass am 15. Januar die Neufassung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit in Kraft getreten ist, die neue Verpflichtungen für Unternehmen eingeführt hat, den Behörden gefährliche Produkte zu melden (siehe *Consumer Voice* vom Januar 2004).

Für Lebensmittel gibt es auf EU-Ebene ein gesondertes Schnellwarnsystem, das ebenfalls wöchentlich Zusammenfassungen von Gefahrenmeldungen zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/prod_safe/index_de.htm

Prodi stimmt der Auswahl von Pavel Telicka als dem tschechischen Kommissarskandidaten zu

Pavel Telicka, derzeit tschechischer Botschafter bei der Europäischen Union, wurde am 25. Februar als erster Europäischer Kommissar der Tschechischen Republik ausgewählt. Er soll ab dem 1. Mai 2004 partnerschaftlich mit David Byrne zusammenarbeiten.

Herr Telicka (38) war als tschechischer Chefunterhändler bei den Verhandlungen mit der EU tätig; schon seit 1986 ist er mit EU-Angelegenheiten beschäftigt, als er seine Laufbahn im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten begann. Er ist Absolvent der juristischen Fakultät der Karls-Universität Prag.

Die Kommissionsmitglieder aus den neuen Mitgliedstaaten werden voll stimmberechtigt sein und beim Beschlussfassungsverfahren eine aktive Rolle spielen. Zwar werden sie kein eigenes Ressort haben, um ihre Einarbeitung in die Tätigkeitsbereiche der Kommission zu erleichtern, werden sie aber an der Arbeit eines Mitglieds der bestehenden Kommission beteiligt werden.

Die Kabinette der neuen Kommissionsmitglieder werden eng mit den Kabinetten derjenigen Kommissionsmitglieder zusammenarbeiten, denen sie für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober zugeordnet sind.

Consumer Voice, Ausgabe Februar 2004
Die in *Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.
E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi; **Redaktion:** Iwona Pajak, Ben Duncan, Aoife White in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman
Website:
http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm